

05.07.2018

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend**

zum  
Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/814

**Anforderungen der Enquete-Kommission zur Zukunft der Familienpolitik umsetzen:  
Familienpolitik auf Basis von Zahlen und Fakten weiterentwickeln**

**Berichterstatter**

Abgeordneter Wolfgang Jörg

### **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/814 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 05.07.2018/Ausgegeben: 06.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Durch Beschluss des Plenums vom 11. Oktober 2017 wurde der Antrag zur alleinigen Beratung an den Ausschuss für Familien, Kinder und Jugend überwiesen.

Mit dem Antrag soll vornehmlich die Umsetzung der einstimmig gefassten Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen aus der 16. Legislaturperiode (Drs 16/14000) für eine evidenzbasierte Gestaltung der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen vorangebracht werden. Außerdem soll die Fortsetzung der Familienberichterstattung für Nordrhein-Westfalen und die Erstellung eines Familienberichts für Nordrhein-Westfalen auch in der 17. Legislaturperiode sowie; die Verbesserung der Datenbasis für die Evaluierung familienpolitischer Maßnahmen sowie die Entwicklung von Instrumenten zur besseren Messung von individuellen Lebenslagen angestrebt werden.

### **B Beratungsverfahren**

Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend befasste sich in seiner 4. Sitzung am 9. November 2017 (Ausschussprotokoll APr 17/75) erstmals mit dem Antrag. Der Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 7. Dezember 2017 (Ausschussprotokoll APr 17/125) weiterberaten. In der 9. Sitzung am 25. Januar 2018 (Ausschussprotokoll APr 17/165) wurde vereinbart, zu dem Thema einige Experten in der 16. Sitzung am 3. Mai 2018 (Ausschussprotokoll APr 17/269) anzuhören. Dieses Gespräch wurde in der 17. Sitzung am 7. Juni 2018 (Ausschussprotokoll APr 17/301) ausgewertet. In der 19. Sitzung am 5. Juli 2018 hat der Ausschuss den Antrag der Fraktion der SPD abschließend beraten und eine Beschlussempfehlung an das Plenum gefasst (Ausschussprotokoll APr 17/333).

### **C Abstimmung**

Bei der Schlussabstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD wurde dieser mit den Stimmen der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU, FDP und der Fraktion der AfD abgelehnt.

Wolfgang Jörg  
- Vorsitzender -